

Handelsblatt

HandelsblattNr. 219 vom 11.11.2021 Seite 048

Gastkommentar

Wie Europa seine Autonomie sichern kann

Klimaschutz, Ausbau der Infrastruktur, Wettbewerbsfähigkeit: Die EU muss ihre weltweiten strategischen Interessen neu ausrichten, analysiert **Werner Hoyer**.



imago [M]

Zwei Jahre nachdem die EU-Kommissionspräsidentin eine „geopolitische EU-Kommission“ angekündigt hatte, ist Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union jetzt deutlicher geworden: Europas Infrastrukturpolitik müsse sich nach strategischen Interessen richten. „Global Gateway“ nennt die EU-Kommission die neue Initiative. Die Neubestimmung ist überfällig und wird in weiten Teilen der Wirtschaft mit Applaus begrüßt. Häfen etwa sind strategische Assets. Es war ein historischer Fehler, während der Euro-Krise zuzulassen, ja sogar zu drängen, dass Griechenlands wichtigster Hafen Piräus an chinesische Investoren verkauft wurde. Mittelmeerhäfen sind zentral für den Güterverkehr nach und von Europa. Es ist deshalb auch im europäischen Interesse, den Häfen Beiruts beim Wiederaufbau nach der verheerenden Explosion zu unterstützen.

Weil 70 Prozent aller Güter, die über Europas Außengrenzen gehandelt werden, auf Seewegen transportiert werden, sind Hochseehäfen eine tragende Säule der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Und auch Investitionen in unsere Energieinfrastruktur sollten wir nicht anderen überlassen. Unter Experten besteht Einigkeit darüber, dass Europa das Fünffache der heute erzeugten erneuerbaren Energie benötigen wird, um sein Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.

Ein Teil dieser erneuerbaren Energie – zum Beispiel grüner Wasserstoff – wird von Standorten außerhalb der EU kommen müssen, an denen die Erzeugung besonders günstig ist. Nur so lassen sich Klima und Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer miteinander in Einklang bringen. Wie wichtig dies ist, zeigt die gegenwärtige Diskussion über die hohen Energiepreise in Europa. Außerdem muss die europäische Energieversorgung schon aus Gründen der Energiesicherheit dringend diversifiziert werden. Dafür aber muss Europa strategisch vorgehen – und sein Engagement außerhalb der EU deutlich erhöhen.

Den Infrastrukturausbau auf unserem Nachbarkontinent Afrika zum Beispiel sollten wir nicht anderen, China etwa, überlassen. Auch wenn das Projekt „Neue Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative) vielen Entwicklungsländern zu dringend benötigter Infrastruktur verholfen hat und Europa bei wichtigen globalen Themen, wie etwa dem Kampf gegen den Klimawandel, mit China zusammenarbeitet, dürfen wir nicht naiv sein: Oft waren und sind diese Infrastrukturprojekte mit nicht tragfähigen Kreditkosten verbunden, die

unerwartete Abhängigkeiten schaffen; Abhängigkeiten, die letztlich auch wir in Europa zu spüren bekommen könnten.

Aber so wichtig Europas Blick über seine Außengrenzen hinaus ist, so entscheidend wird es sein, dass die EU auch zu innerer Stärke zurückfindet – und dazu zählt vor allem eine stärkere Konzentration auf die eigene wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Denn ein krisengebeutertes, wirtschaftlich schwaches Europa wird nur schwer seinen strategischen Interessen in der Welt Gehör verschaffen. Wenn es Jahrzehnte dauert, in Berlin einen Flughafen zu bauen, und nur Monate, dasselbe in Peking zu tun, verblasst auch der Glanz historischer Errungenschaften.

Europas Wohlstand und globaler Einfluss beruhen darauf, dass wir über viele Jahrzehnte innovativer und technologisch fortgeschrittener waren als viele andere Regionen der Erde. Bis heute zehren wir davon, dass Europa die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts angeführt hat, und zum Beispiel Eisenbahnen, elektrische Maschinen, das Auto und wichtige Medikamente erfunden und daraus weltweite Geschäfte entwickelt hat. Die Industriegeschichte zeigt, wie entscheidend es ist, die Ersten zu sein.

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass in den digitalen Technologien die USA und China führen. Im Bereich der grünen und grün-digitalen Technologien hat Europa bis heute einen Vorsprung: 50 Prozent mehr Patente für grüne Technologien als in den USA sind in Europa registriert, 76 Prozent mehr Patente kombinieren grüne und digitale Technologien als in den USA – und viermal mehr als in China. Hoffnung macht zudem, dass Europa in diesem Jahr – nach Daten des „Dealroom“-Reports – die am schnellsten wachsende Region für Start-up-Wagniskapital ist.

Allerdings gilt nach wie vor: Viele Innovatoren aus der EU sind eher kleine Firmen, die großen Tech-Unternehmen des 21. Jahrhunderts sind US-amerikanisch oder chinesisch. Eine wesentliche Ursache dafür ist, dass die EU-Staaten laut OECD in den letzten 20 Jahren im Schnitt weniger als zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung gesteckt haben, China um die 2,5 Prozent und die USA knapp drei Prozent. Nur wenige EU-Staaten, darunter Deutschland, erfüllen das Dreiprozentziel der EU.

Eine weitere Ursache für das Zurückfallen im Technologie-Wettbewerb ist der nach wie vor zersplitterte EU-Binnenmarkt: Start-ups

global challenges

Global Challenges ist eine Marke der DvH Medien. Das neue Institut möchte die Diskussion geopolitischer Themen durch Veröffentlichungen anerkannter Experten vorantreiben.

Regelmäßige Autoren:
Prof. Dr. Ann-Kristin Achleitner
Sigmar Gabriel
Prof. Dr. Veronika Grimm
Günther H. Oettinger
Prof. Jörg Rocholl, PhD
Prof. Dr. Bert Rürup
Prof. Dr. Renate Schubert
Jürgen Trittin

Redaktion:
Dr. Michael Brackmann

wachsen in ihrer nationalen Heimat durchaus schnell. Sie sind dann aber jenseits der nationalen Grenze noch immer mit unterschiedlichen Rechtssystemen konfrontiert. Dazu fehlt es an einem einheitlichen Kapitalmarkt. Deshalb scheuen Aktionäre und Käufer von Unternehmensanleihen vor Angeboten jenseits nationaler Grenzen oft zurück. Mit der Folge, dass zu wenig Risikokapital in innovative Start-ups fließt und Investoren Rendite einbüßen.

Es ist also aller Mühen wert, dass die EU ihren Binnenmarkt mit 450 Millionen Menschen auf allen Ebenen endlich vollendet. Wenn dies gelingt, wird sich rasch zeigen, wie sehr ein multilaterales System, das Offenheit und Freiheit verkörpert, für das die EU beispielhaft steht, durch Kooperationen und den freien Fluss von Ideen einen Vorsprung bei Innovationen schaffen kann. Das haben gerade erst die Entwicklung und schnelle Verbreitung des Covid-Impfstoffs von Biontech gezeigt. Auch Fortschritte bei der Impfstoffverteilung, Pandemiebewältigung und -vorsorge auf dem Nachbarkontinent sind in unserem europäischen Ur-Eigeninteresse.

Es muss jedenfalls klar sein, dass Europa in neuen Dimensionen denken muss, wenn es seine Werte und seinen Wohlstand auf Dauer behaupten will. Allein um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, müsste Europa 350 Milliarden Euro zusätzlich investieren – jedes Jahr bis 2030. Geld, das nicht allein aus öffentlichen Haushalten bereitgestellt werden kann, sondern auch durch eine stärkere Einbeziehung von modernen Finanzinstrumenten und der Kapitalmärkte verfügbar gemacht werden muss.

Nur wenn es gelingt, öffentliche und private Finanzierungen bestmöglich zu kombinieren, kann Europa technologisch und wirtschaftlich wieder auf Augenhöhe mit Nordamerika und Asien kommen und seine strategische Autonomie effektiv sichern.

Nach den Kriterien der Nichtregierungsorganisation Freedom House machen die Mitgliedstaaten der EU ein Drittel der freien Länder der Welt aus. Und Europa ist mit Abstand der Kontinent mit den meisten Freiheiten. Auf den Ranglisten für Pressefreiheit steht Europa im internationalen Vergleich ganz oben. Dieses Gut sollten wir nicht verspielen, indem wir uns leichtfertig in Abhängigkeit anderer begeben. Es ist Zeit, dass wir Europapolitik nicht länger auf Krisenpolitik reduzieren und endlich wieder strategisch über unser gemeinsames Projekt nachdenken.

Der Autor

Werner Hoyer ist Präsident der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg.

Ecco come l'Europa può salvaguardare la sua autonomia

Difesa del clima, sviluppo delle infrastrutture, competitività: secondo un'analisi di Werner Hoyer l'UE deve ridefinire i suoi interessi strategici a livello globale.

Due anni dopo aver annunciato la creazione di una "Commissione Europea geopolitica" la Presidente della Commissione UE Ursula von der Leyen è diventata più esplicita nel suo discorso sullo stato dell'Unione. La politica delle infrastrutture dell'Europa deve essere orientata agli interessi strategici, ha detto. La Commissione UE ha chiamato questa nuova iniziativa "Global Gateway". La ridefinizione è attesa da tempo e viene accolta con entusiasmo in vari ambiti dell'economia. I porti, per esempio, sono risorse strategiche. È stato un errore storico permettere, anzi spingere, che il porto più importante della Grecia, il Pireo, fosse venduto a investitori cinesi durante la crisi dell'euro. I porti del Mediterraneo sono fondamentali per la circolazione delle merci da e verso l'Europa. È quindi anche nell'interesse dell'Europa sostenere il porto di Beirut nella sua ricostruzione dopo la devastante esplosione.

Dato che il trasporto di merci al di fuori dell'Europa avviene per il 70% via mare, i porti transoceanici sono un pilastro portante della competitività dell'economia europea. Inoltre non dovremmo permettere ad esterni di investire nelle nostre infrastrutture energetiche. Gli esperti concordano sul fatto che l'Europa avrà bisogno di cinque l'energia rinnovabile prodotta oggi per raggiungere il suo obiettivo di neutralità climatica.

Parte di questa energia rinnovabile - per esempio l'idrogeno verde - dovrà provenire da luoghi al di fuori dell'UE, dove la produzione è particolarmente economica. Solo così è possibile conciliare l'interesse per il clima e la competitività a lungo termine. L'attuale discussione sul rialzo dei prezzi dell'energia in Europa dimostra quanto questo sia importante. Inoltre, l'approvvigionamento energetico dell'Europa ha urgente bisogno di essere diversificato, se non altro per ragioni di sicurezza energetica. Per raggiungere questo obiettivo, però, l'Europa deve procedere in maniera strategica e aumentare significativamente il suo impegno al di fuori dell'UE.

Non dovremmo lasciare ad altri, per esempio alla Cina, lo sviluppo delle infrastrutture nel nostro vicino continente africano. Anche se il progetto "Nuova Via della Seta" (*Belt and Road Initiative*) ha aiutato molti Paesi in via di sviluppo a ottenere con urgenza le infrastrutture necessarie e l'Europa sta cooperando con la Cina su importanti questioni globali, come la lotta contro il cambiamento climatico, non dobbiamo essere ingenui: spesso questi progetti di infrastrutture erano e sono associati a costi di credito insostenibili, che creano dipendenze inaspettate. Dipendenze che alla fine potremmo avvertire anche noi in Europa. Per quanto sia importante rivolgere lo sguardo all'esterno, oltre i suoi confini, sarà cruciale che l'UE ritrovi la sua forza interna - e questo soprattutto grazie ad una maggiore attenzione alla propria competitività

economica. Perché un'Europa in crisi ed economicamente debole avrà difficoltà a far valere i suoi interessi strategici a livello mondiale. Se ci vogliono decenni per costruire un aeroporto a Berlino e mesi per fare lo stesso a Pechino, anche il fascino delle conquiste storiche si affievolisce.

Il benessere e l'influenza globale dell'Europa si basano sul fatto che per molti decenni siamo stati più innovativi e tecnologicamente avanzati di molte altre regioni del mondo. Oggi viviamo di rendita grazie al fatto che l'Europa ha guidato la rivoluzione industriale del XIX secolo, inventando, per esempio, il sistema ferroviario, le macchine elettriche, l'automobile e importanti medicinali, ed aprendo importanti mercati internazionali. La storia industriale mostra quanto sia importante essere i primi.

Non dobbiamo rassegnarci al fatto che nel campo delle tecnologie digitali siano gli Stati Uniti e la Cina ad avere il primato. Attualmente l'Europa è in vantaggio nel campo delle tecnologie *green* e digitali. Qui si registra infatti il 50% in più di brevetti per tecnologie *green* e il 76% in più di brevetti che combinano tecnologie *green* e digitali rispetto agli Stati Uniti. Quattro volte di più che in Cina. Fa anche sperare il fatto che quest'anno l'Europa sia la regione in più rapida crescita relativamente al capitale di rischio delle start-up, stando ai dati del rapporto "Dealroom".

Ciononostante molti innovatori dell'UE tendono ad essere piccole aziende. Le grandi aziende tecnologiche del XXI secolo sono per lo più statunitensi o cinesi. Una delle ragioni principali è che, secondo l'OCSE, negli ultimi 20 anni gli stati dell'UE hanno investito in media meno del due per cento del loro prodotto interno lordo in ricerca e sviluppo, mentre la Cina ha investito circa il 2,5 per cento e gli Stati Uniti poco meno del tre per cento. Solamente pochi stati dell'UE, tra cui la Germania, raggiungono l'obiettivo europeo del tre per cento.

Un altro motivo alla base del ritardo nella competizione tecnologica è da ricercare nel mercato unico europeo, ancora troppo frammentato. Mentre nel loro Paese d'origine le start-up crescono rapidamente, al di fuori del confine nazionale devono scontrarsi con sistemi giuridici diversi. Manca inoltre un mercato dei capitali uniforme. Questo è il motivo per cui gli azionisti e gli acquirenti di obbligazioni societarie spesso rifuggono dalle offerte oltre i confini nazionali. Con il risultato che si investe troppo poco capitale di rischio nelle start-up innovative e che gli investitori stessi hanno meno ricavi.

Conviene quindi fare ogni sforzo possibile affinché l'UE realizzi finalmente il suo progetto di mercato unico che comprende 450 milioni di cittadini. Se questo obiettivo verrà raggiunto, sarà presto evidente quanto un sistema multilaterale che incarna l'apertura e la libertà, incarnate dall'UE, possa essere un vantaggio per l'innovazione, attraverso la cooperazione e la libera circolazione di idee. Questo è stato appena dimostrato dallo sviluppo e dalla rapida diffusione del vaccino Covid della Biontech. I progressi nella distribuzione dei vaccini, nella gestione della pandemia, anche nel continente vicino, sono propri del nostro interesse europeo originario.

É chiaro che l'Europa deve cambiare approccio se vuole mantenere i suoi valori e il suo benessere economico a lungo termine. Solamente per raggiungere gli ambiziosi obiettivi climatici l'Europa dovrebbe investire 350 miliardi di euro in più ogni anno, fino

al 2030. Denaro che non può essere ricavato solo dai bilanci pubblici, ma deve essere reso disponibile anche attraverso un maggiore coinvolgimento dei moderni strumenti finanziari e dei mercati dei capitali. Solo se riuscirà a combinare al meglio i finanziamenti pubblici e privati, l'Europa potrà nuovamente competere con il Nord America e l'Asia dal punto di vista tecnologico ed economico, nonché a salvaguardare effettivamente la sua autonomia strategica.

Secondo i criteri dell'organizzazione non governativa Freedom House gli stati membri dell'UE costituiscono un terzo dei Paesi liberi del mondo. E l'Europa è di gran lunga il continente con più libertà. Nelle classifiche che prendono in considerazione la libertà di stampa, per esempio, detiene il primato a livello internazionale. Non dobbiamo sprecare questo bene, rendendoci incautamente dipendenti dagli altri. Dobbiamo smettere di ridurre la politica europea a una politica di crisi e ricominciare finalmente a ragionare in modo strategico sul nostro progetto comune.

Handelsblatt

HandelsblattNr. 220 vom 12.11.2021 Seite 024

Unternehmen



Kraftwerksbetreiber
Atomkonzerne schreiben Kernkraft ab
Die Atomkraft findet auch in Deutschland wieder mehr Unterstützer. Doch die Atomkonzerne halten wenig davon: „Kernenergie hat sich für Deutschland erledigt.“

Jürgen Flauger, Kathrin Witsch
Düsseldorf

Microsoft-Gründer Bill Gates, der neue Linde-Chef Sanjiv Lamba oder Ökonom Hans-Werner Sinn – sie alle kritisieren angesichts der gewaltigen Herausforderungen beim Klimaschutz den deutschen Atomausstieg. Auch eine Gruppe aus Atombefürwortern und Bürgerinitiativen schickte am Dienstag ein Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden der Parteien und verlangte, die gesetzlich festgelegten Stilllegungen der sechs verbliebenen Kernkraftwerke sofort aufzuheben.

Eine Gruppe hat für diese Diskussion aber überhaupt kein Verständnis – und die ist entscheidend: die Betreiber der sechs verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland, Eon, RWE und EnBW. „Kurz vor Abschalten in Deutschland eine Debatte darüber zu starten, ob Kernkraftwerke einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, ist befremdlich“, sagte Eon-Chef Leonhard Birnbaum dem Handelsblatt: „Sie kommt viel zu spät und nutzt keinem mehr.“ Für RWE ist das „Kapitel Kernenergie“ nach eigenen Angaben

„abgeschlossen“. Und Georg Stamatopoulou, Vorstand nachhaltige Erzeugungsinfrastruktur bei EnBW, hält auf Anfrage nüchtern fest: „Der Ausstieg aus der Kernenergie ist im Jahr 2011 im politischen und gesellschaftlichen Konsens beschlossen worden und gesetzlich klar geregelt. Die Nutzung der Kernenergie für die Stromproduktion hat sich damit in Deutschland erledigt.“

Tatsächlich ist der 2011 unter Eindruck der Reaktor Katastrophe von Fukushima beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft fast abgeschlossen. Von den damals noch 17 Reaktoren sind noch sechs in Betrieb. Drei müssen bis zum Jahresende vom Netz, die restlichen bis Ende kommenden Jahres.

Zuletzt ist die Kritik am damaligen Beschluss aber wieder gewachsen. Die Befürworter der Atomkraft argumentieren mit der Versorgungssicherheit und hohen Strompreisen. Sie argumentieren aber auch mit dem Klimaschutz, schließlich würden Kraftwerke vom Netz genommen, die nahezu CO2-frei Strom erzeugen.

„Der deutsche Atomausstieg war sicherlich nicht genial“, sagte jüngst der neue Linde-Chef Lamba im Interview mit dem Handelsblatt. Atomkraftwer-

Atomkraftwerk Brokdorf in Schleswig-Holstein: Ende 2021 soll der Betrieb eingestellt werden.

Natürlich werden insbesondere die Franzosen auch weiter Strom aus Kernenergie in den europäischen Energieverbund einspeisen.

Leonhard Birnbaum
Eon

Atomkraftwerke

Zahl der betriebsfähigen Reaktoren in Kernkraftwerken

■ **Atomausstieg/Einschränkung des Atomprogramms geplant**

USA	93
Frankreich	56
China	51
Russland	38
Japan	33
Südkorea	24
Indien	23
Kanada	19
Ukraine	15
Großbritannien	13
Belgien	7
Spanien	7
Tschechische Republik	6
Deutschland	6
Schweden	6
Pakistan	5
Finnland	4
Ungarn	4
Slowakei	4
Schweiz	4
Argentinien	3
Taiwan	3
Brasilien	2
Bulgarien	2
Mexiko	2
Rumänien	2
Südafrika	2
Verein. Arabische Emirate	2
Armenien	1
Belarus	1
Iran	1
Niederlande	1
Slowenien	1

441
Atomreaktoren weltweit
Okt. 2021

HANDELSBLATT Quelle: World Nuclear Association

tige Strategie für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke ausgearbeitet, die sie seither konsequent umsetze, betonte Vorstand Stamatopoulou: „Die Frage nach der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke sowie weitere hypothetische Fragestellungen in diesem Kontext stellen sich deshalb für die EnBW nicht.“ Und auch der RWE-Konzern wird seine zwei verbliebenen Kernkraftwerksblöcke entsprechend der gesetzlichen Fristen stilllegen: „Danach geht es nur noch um den sicheren und verantwortungsvollen Rückbau der Anlagen.“

Die Unternehmen haben daran allein wirtschaftlich kein Interesse mehr. Anfangs hatten sie sich noch mit Klagen und Verfassungsbeschwerden gewehrt, aber schon da ging es nicht um den Atomausstieg an sich, sondern um die Konditionen. Die Atomkonzerne forderten einen angemessenen Schadensersatz. Die Frage ist inzwischen geklärt. Vor allem aber wurde entschieden, wer für Rückbau und Entsorgung zuständig ist. Ersteres verbleibt in der Aufgabe der Konzerne, die Entsorgung und die Haftung hat aber ein öffentlicher Atomfonds übernommen.

Der Rückbau der Kraftwerke, die Entsorgung von strahlendem Material, die Endlagerung – all das verschlingt Unsummen. Deutsche Behörden und Forschungsinstitute rechnen deswegen bei Atomstrom mit bis zu 34 Cent pro Kilowattstunde – mit Abstand der höchste Preis aller Energieformen. Für die Konzerne hatte sich das Geschäft mit Atomkraft jahrelang lediglich gelohnt, weil der Staat im Falle eines Supergangs den Großteil der Kosten übernommen hätte.

Aktienkurse der Energiekonzerne unter Druck

Aber auch für den Ausstieg mussten die Konzerne Milliarden an Rückstellungen einbringen. Für Eon, EnBW und RWE war das zwar ein Kraftakt aber auch ein Befreiungsschlag. Die unkalkulierbaren Risiken bei der Entsorgung der strahlenden Altlasten hatten schwer auf den Aktienkursen gelastet.

Und obwohl sich die Konzerne lange sperrten, haben sie sich inzwischen allesamt der Energiewende verschrieben. Eon konzentriert sich auf Vertrieb und Netze, EnBW ist einer der größten Betreiber von Offshore-Windparks, und selbst RWE, Deutschlands größter Kohlekonzern, ist inzwischen zu einem vorgezogenen Kohleausstieg bereit und hat die erneuerbaren Energien zum Kerngeschäft erklärt.

Eine Revision des Atomausstiegs wäre aber kurzfristig und auch im Nachgang kaum noch möglich, wie es in Kreisen der Konzerne heißt. Die Betriebsgenehmigungen würden auslaufen. Neue Genehmigungen würden sich jahrelang ziehen. Verträge mit Partnerfirmen sind längst gekündigt.

Die Planungen zielten schon „seit Jahren auf das Enddatum des Leistungsbetriebs“, heißt es bei einem Betreiber. „Wir verfügen nicht mehr über den Brennstoff. Und auch das erforderliche Personal, das wir zum Betrieb unserer Anlagen benötigen würden, steht nach der Abschaltung nicht mehr in ausreichendem Maße für einen Leistungsbetrieb bereit.“ Dies betreffe auch die Zulieferer.

Für Eon-Chef Birnbaum ist aber auch klar, dass über Umwege auch in Deutschland die Atomkraft noch eine Rolle spielen wird. „Natürlich werden insbesondere die Franzosen auch weiter Strom aus Kernenergie in den europäischen Energieverbund einspeisen“, hält der Energie-Manager fest.

Le aziende nucleari si tirano indietro

Anche in Germania cresce il numero dei sostenitori del nucleare. Tuttavia le aziende coinvolte nella produzione di energia atomica non vi danno troppo peso: "per la Germania l'era del nucleare è finita".

Jürgen Flauger, Kathrin Witsch

Il fondatore di Microsoft Bill Gates, il nuovo CEO di Linde Sanjiv Lamba, l'economista Hans-Werner Sinn: tutti criticano l'abbandono del nucleare in Germania in vista delle enormi sfide per la difesa del clima. Inoltre un gruppo di sostenitori del nucleare e di cittadini ha inviato martedì una lettera ai leader dei partiti parlamentari, chiedendo la revoca immediata della chiusura delle sei centrali nucleari rimanenti, stabilita per legge.

Tuttavia non tutti riescono a capire questa discussione. I gestori delle sei centrali nucleari rimanenti in Germania, per esempio: Eon, RWE e EnBW. "Iniziare ora, poco prima della loro chiusura in Germania, un dibattito sul fatto che le centrali nucleari contribuiscano alla protezione del clima è sconcertante", ha dichiarato a *Handelsblatt* il CEO di Eon Leonhard Birnbaum. "Arriva troppo tardi e non serve a nessuno". Anche per RWE, il "capitolo energia nucleare" è definitivamente "chiuso". In risposta ad una domanda Georg Stamatelopoulos, membro del consiglio di amministrazione della società energetica EnBW, dichiara quanto segue: "Nel 2011 il consenso politico e sociale ha disposto il *phase out* dal nucleare, regolato dalla legge. L'uso dell'energia nucleare per la produzione di elettricità è quindi terminato in Germania".

Effettivamente l'abbandono del nucleare in Germania, deciso nel 2011 dopo la catastrofe di Fukushima, si è quasi compiuto. Dei 17 reattori ancora in funzione all'epoca solamente sei sono ancora attivi. Tre verranno smantellati entro la fine di quest'anno, i restanti entro la fine dell'anno prossimo.

Recentemente, tuttavia, vi è stato un aumento delle critiche a questa decisione. I sostenitori del nucleare argomentano tirando in ballo la sicurezza dell'approvvigionamento, i prezzi alti dell'elettricità e la difesa del clima. Dopotutto le centrali nucleari che verranno chiuse generano elettricità quasi ad emissioni zero.

"L'addio della Germania al nucleare non è stato certamente una buona idea", ha detto recentemente il nuovo CEO di Linde Lamba in un'intervista con *Handelsblatt*. Chiudere le centrali nucleari rende più difficile "garantire l'approvvigionamento e i prezzi favorevoli", ha dichiarato inoltre il fondatore di Microsoft Bill Gates. Anche Sinn, ex presidente del *Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo)*, ha recentemente descritto questa decisione come un "errore e, soprattutto, una mossa miope". Alcuni politici e dirigenti chiedono addirittura di fermare il *phase-out* poco prima che sia completato. Lex capo della BASF, Jürgen Hambrecht, per esempio, si è espresso recentemente a favore del prolungamento della vita operativa delle sei centrali nucleari rimaste in Germania. Lo stesso ha fatto il capo della Volkswagen Herbert Diess.

Da un punto di vista politico, però, questo è profondamente irrealistico, soprattutto con una futura partecipazione al governo dei *Grünen*. D'altra parte le stesse aziende nucleari non hanno più alcun interesse. "Anni fa la legge ha deciso che il nucleare non ha futuro in Germania. Mantenere le nostre centrali in funzione anche oltre la scadenza legale del 2022? Non se ne parla proprio", afferma il CEO di Eon Birnbaum.

Dopo la decisione di abbandonare gradualmente il nucleare, EnBW ha sviluppato una strategia a lungo termine per la disattivazione delle sue centrali, che da allora è stata implementata in modo coerente, ha sottolineato il CEO Stamatelopoulos: "La questione del prolungamento della vita operativa delle centrali nucleari e altre ipotesi non riguardano quindi EnBW". E il gruppo RWE smantellerà anche le sue due unità di centrali nucleari rimanenti nel pieno rispetto delle scadenze legali: "Dopo di che si dovranno solamente smantellare gli impianti in modo sicuro e responsabile".

Le aziende non hanno più alcun interesse economico in questo campo. All'inizio si sono difese con cause legali e denunce alla Corte costituzionale, ma anche allora non si trattava del *phase-out* nucleare in sé, ma delle sue condizioni. Le aziende nucleari hanno chiesto una compensazione adeguata. Nel frattempo la questione è stata risolta. Ma soprattutto sono stati decisi i responsabili dello smantellamento e dello smaltimento. Del primo si occuperanno le aziende stesse, ma lo smaltimento e la responsabilità spetteranno ad un fondo nucleare pubblico.

Lo smantellamento delle centrali, lo smaltimento del materiale radioattivo, la ricerca di un deposito finale: tutto questo richiede enormi somme di denaro. Le autorità tedesche e gli istituti di ricerca calcolano quindi che l'energia nucleare costa fino a 34 centesimi per kilowattora - di gran lunga il prezzo più alto di tutte le forme di energia. Per anni il business del nucleare è stato conveniente per le aziende solamente perché lo stato avrebbe sostenuto la maggior parte delle spese in caso di un "super spegnimento".

Ma le aziende hanno anche dovuto mettere da parte miliardi per il *phase-out*. Per Eon, EnBW e RWE questa è stata una prova di forza, ma anche una liberazione. I rischi incalcolabili dello smaltimento dei siti contaminati avevano infatti pesato molto sui prezzi delle azioni.

E anche se le aziende hanno resistito a lungo, nel frattempo si sono tutte impegnate nella svolta energetica. Eon si sta concentrando sulle vendite e sulle reti energetiche, EnBW è uno dei più grandi operatori di parchi eolici offshore, e persino RWE, la più grande compagnia tedesca del carbone, è ora pronta a rinunciare e ad abbracciare le energie rinnovabili.

Voci circolanti all'interno delle aziende lasciano intendere che una revisione del *phase-out* nucleare sarebbe difficilmente possibile a breve termine, e anche a lungo andare. Le licenze operative scadrebbero e ci vorrebbero anni per ottenerne di nuove. I contratti con le aziende partner sono inoltre stati rescissi da tempo.

Un operatore afferma che "da anni si stava puntando alla data del *phase-out*". "Non abbiamo più il carburante. E anche il personale di cui avremmo bisogno per far funzionare i nostri impianti non è più disponibile in numero sufficiente per il funzionamento dopo lo spegnimento". E questo riguarda anche i fornitori.

Per Birnbaum, CEO di Eon, è chiaro che in qualche modo l'energia nucleare continuerà a giocare un ruolo importante anche in Germania: "Naturalmente soprattutto i francesi continueranno a fornire alla rete energetica europea elettricità prodotta a partire dal nucleare", afferma il manager.